

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 12. Dezember 2024 in Berlin**

Beschluss

TOP 5 Raumfahrt – ESA Ministerratskonferenz 2025

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder verweisen auf ihren Beschluss vom 20. Juni 2024, mit dem sie die Bedeutung der Raumfahrt für Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland, aber auch für die technologische Forschung und aktuelle sicherheitsbezogene Herausforderungen betonen, die Vorlage der Nationalen Raumfahrtstrategie durch die Bundesregierung begrüßen und eine Steigerung des deutschen Beitrags an die Europäische Weltraumorganisation ESA sowie eine signifikante Erhöhung der jährlichen Haushaltsmittel für das nationale Raumfahrtprogramm fordern. Sie stellen nun mit Sorge fest, dass, entgegen ihren Forderungen, der Haushaltsansatz der Bundesregierung für das „Raumfahrtprogramm für Innovation und internationale Kooperation – Forschungs- und Entwicklungsvorhaben“ für das Jahr 2025 signifikant gekürzt wurde und deutlich hinter den Mittelansatz von 2020 zurückfällt.

2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen die Bedeutung der nationalen, europäischen und internationalen Zusammenarbeit in der Raumfahrt und die zentrale Rolle, die die ESA dabei einnimmt. Sie begrüßen, dass die ESA durch Einsetzung einer Task Force daran arbeitet, ihr Projektmanagement weiterzuentwickeln. Deutschland trägt maßgeblich zur technologischen Souveränität Europas im Bereich der Raumfahrt bei und muss auch zukünftig eine aktive technologische und innovationspolitische

Führungsrolle in Europa übernehmen. Dazu gehört auch die aktive Einbeziehung von KMU und Start-Ups sowie die Förderung von innovationsfreundlichen nationalen Rahmenbedingungen, z. B. bei der Erarbeitung des Deutschen Weltraumgesetzes, sowie die Unterstützung von innovationsfreundlichen und bürokratiearmen europäischen und internationalen Rahmenbedingungen, z. B. im Rahmen des geplanten EU-Weltraumgesetzes.

3. Deutschland hat auf der letzten Ministerratskonferenz der Europäischen Weltraumorganisation ESA am 22. und 23. November 2022 den Vorsitz von Frankreich übernommen und wird die nächste Konferenz vom 26. bis 28. November 2025 in Bremen ausrichten. Im Rahmen der zu treffenden Investitionsentscheidungen für die Zukunft ist für eine Wahrung der technologischen Spitzenposition Deutschlands und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Raumfahrtindustrie sowie für die Fortführung der Partnerschaft in den europäischen Raumfahrtprogrammen eine deutliche Steigerung des deutschen ESA-Beitrages über die zuletzt geleisteten rund vier Milliarden Euro hinaus erforderlich. Deutschland muss als Gastgeber der ESA Ministerratskonferenz 2025 dafür sorgen, dass von der Konferenz ein klares Signal der technologischen Führungsrolle Europas und der starken Zusammenarbeit der europäischen und internationalen Partner ausgeht. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern daher die Bundesregierung auf, den deutschen ESA Beitrag deutlich über die zuletzt rund vier Milliarden Euro hinaus zu erhöhen. Diese Erhöhung darf grundsätzlich nicht zulasten der gemeinsamen Bund-Länder-Förderung des DLR gehen. Das DLR spielt für die deutsche Luft- und Raumfahrt eine herausragende Rolle, die es zugunsten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit weiter auszubauen gilt.
4. Das nationale Raumfahrtprogramm ist die Grundlage für deutsche Raumfahrtakteure aus Wissenschaft und Industrie, um Technologien zu entwickeln, international auf Augenhöhe zu agieren („level playing field“) und sich an den gemeinsamen Programmen der ESA maßgeblich beteiligen zu können. Zur Festigung der deutschen Technologiekompetenzen in Wissenschaft und Industrie muss deshalb auch das nationale Raumfahrtprogramm adäquat mit

Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Länder begrüßen die Einrichtung eines Länderkoordinators durch die Raumfahrtagentur. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern daher die Bundesregierung auf, die Haushaltsmittel für das nationale Raumfahrtprogramm auf 500 Millionen Euro zu erhöhen.